

Predigen mithilfe von Chat-GPT?

Pfarrerin Kathrin Bolt vertraut doch lieber wieder auf den Heiligen Geist

SIMON HEHLI

Die Gemeinde reagierte zuerst mit Erstaunen, dann mit Belustigung. So erzählt es Kathrin Bolt. Sie ist die Pfarrerin von St. Laurenzen, der wichtigsten reformierten Kirche der Stadt St. Gallen. Vor einigen Wochen hielt sie eine Predigt mit einem revolutionären Ansatz. Die Inspiration dafür lieferte Chat-GPT, ein Chatbot, der mittels künstlicher Intelligenz (KI) Texte erstellt, nachdem er mit Informationen gefüttert worden ist. Es ist nicht das erste Mal, dass Bolt für Aufsehen sorgt. Mit zwei anderen Pfarrern schrieb sie ein Kabarett über die Reformation. Letztes Jahr wurde sie zusammen mit ihrer Schwester Christine, der Direktorin der Olma, Ehren-Födlbürgerin – ein Titel, der etwas zählt in der Ostschweizer Metropole.

Bolt verstörte manch ein Gemeindeglied, als sie mit einer Kettensäge eine Kanzel in ihre Einzelteile zerlegte und daraus einen Tisch zimmerte. Eine Aktion mit Symbolkraft: Die Zeiten, in denen der Herr Pfarrer von der Kanzel herab monologisierte und moralisierte, sind vorbei. Jetzt setzt man sich an einen Tisch und führt auf Augenhöhe einen Dialog. «Wir sind eine Kirche des Wortes. Aber heute, in der Welt von Tiktok und Instagram, müssen wir auch Bilder schaffen, damit man uns wahrnimmt», sagt die 42-Jährige, die wie Ulrich Zwingli in Wildhaus im Obertoggenburg aufgewachsen ist.



«Es klang einfach nicht nach mir», sagt Kathrin Bolt zu der von Chat-GPT geschriebenen Predigt.

RALPH RIBI / TBM

Schmeicheleien der KI

Traditionellere Kirchengänger haben vielleicht Mühe mit Bolts Umtriebigkeit, wie sie selbst sagt. «Aber dafür sprechen mich immer wieder Leute auf der Strasse oder im Bus an, die nie in einen Gottesdienst kommen würden. Sie finden es gut, wenn die Kirche etwas wagt.»

Und nun also künstliche Intelligenz. Ein Journalist des reformierten Nachrichtenportals «Ref.ch» brachte sie auf die Idee, eine komplette Predigt von Chat-GPT schreiben zu lassen. Bolt hatte zuvor kaum vom Chatbot gehört, liess sich aber gerne auf das Experiment ein. Stundenlang instruierte sie den Chatbot, die theologischen Erwägungen der KI zum Thema Versuchung überzeugten sie allerdings nicht. «Es klang einfach nicht nach mir.» Ausserdem waren ihr die Texte zu kurz.

Es nützte auch wenig, dass sie ein paar Predigten von sich hochlud, damit die Maschine den «Sound» der Pfarrerin erlernen konnte. Immerhin machte Chat-GPT Bolt Komplimente. Das sei eine sehr schöne Predigt, sie habe auf interessante Art und Weise die Bedeutung des Wortes «heilig» erklärt. «Dass mir die Maschine Zensuren erteilt wie für eine

Abschlussarbeit, hat mich erstaunt und belustigt», erzählt die Theologin.

Statt einen von Chat-GPT komponierten Text vorzulesen, liess Bolt die Kirchgänger teilhaben an diesem Hin und Her mit der KI. So habe Chat-GPT acht Punkte vorgeschlagen, wie man mit Versuchungen umgehen könne, etwa: «Überlege dir genau, für welche Werte du stehst.» Und selbst ein Gebet dichtete die Maschine: «Lasst uns also als Gemeinde für Mut und Entschlossenheit beten und für eine gerechtere und nachhaltigere Welt eintreten, amen.» Worte, die wohl in keiner reformierten Kirche als künstlich erkannt worden wären.

Bei aller Heiterkeit, welche die Predigt auslöste: Beim Gespräch danach merkte Bolt, dass das Thema künstliche Intelligenz und deren «brutal schnelle» Entwicklung ihren Gemeindegliedern Angst macht. «Sie fürchten, dass die Menschheit die Kontrolle verlieren könnte und dass die zwischenmenschlichen Begegnungen weniger wichtig werden.» Ältere Leute treibe die Frage um, ob sie dereinst von Robotern gepflegt würden.

Der Historiker Yuval Harari glaubt, dass die KI dank ihrer Fähigkeit, die Menschen zu manipulieren, neue Kulte und Religionen schaffen werde. In naher Zukunft könnte sich ein Glauben um

Texte herum bilden, die von einem Nichtmenschen verfasst wurden, sagte der Bestsellerautor in der «Sonntags-Zeitung». «Alle Religionen in der Geschichte behaupteten, dass ihre heilige Schrift aus einer nicht menschlichen Quelle stammt, etwa die Bibel oder der Koran. Jetzt könnte das Realität werden.»

Sprachverwirrung überwinden

Pfarrerin Bolt hält das für ein realistisches Szenario. Die Menschen hätten eine riesige Sehnsucht nach etwas Grösserem, das sie staunen lasse. Sie verweist auf einen Psalm, in dem es heisst: «Herr, du durchschaust mich, du kennst mich durch und durch. (...) Schon bevor ich anfangen zu reden, weisst du, was ich sagen will.» Ein solches Gefühl gebe einem die KI, wenn sie innert Sekunden erfasse, wie die Nutzerin denkt und was ihre Bedürfnisse sind. «Man hat es mit einem vermeintlich allwissenden Gegenüber zu tun, daraus können quasi-religiöse Gefühle erwachsen», sagt Bolt.

Sie findet eine solche Entwicklung erschreckend. «Wir dürfen nicht abhängig werden von digitalen Systemen. Liebe und Vertrauen entstehen nur bei echten Begegnungen.» Bei allem Bedeutungsverlust liege genau hier weiterhin der

grosse Wert der Kirchen. «Hier können die Menschen zusammen singen, beten, Trauer aushalten. Das kann keine virtuelle Religion, das ist unser Schatz.»

Wer auf Schweizer Strassen eine Umfrage zur Bedeutung von Pfingsten machte, würde wohl kaum brauchbare Antworten erhalten. Aber für Bolt ist Pfingsten – «mein Lieblingsfeiertag!» – gerade auch vor dem Hintergrund der Debatte um die künstliche Intelligenz hochaktuell. «Es geht dabei um den Geist, den Gott der Welt geschenkt hat, um das Kreative, um das Beseelte, das unplanbar entsteht. Und diese menschliche Geisteskraft ist gross genug, damit wir nicht resignieren und uns dem künstlichen Geist beugen müssen.»

Das Pfingstwunder steht theologisch gesehen auch für die Überwindung der babylonischen Sprachverwirrung: dass sich alle Menschen verstehen, egal, welche Sprache sie sprechen. Diesem Ideal nähern wir uns nun dank KI-basierten Diensten, die eine Simultanübersetzung ins Chinesische oder Russische ermöglichen. «Dass man mit jemandem kommunizieren kann, der eine andere Sprache spricht, ist ein Riesengeschenk», sagt Bolt. «Aber um wirklich zu kommunizieren, um zu sehen, ob man sich verstanden hat, muss man einander immer noch in die Augen schauen.»

Berufswahl als Frauenfalle

Eidgenössische Kommission für Frauenfragen fordert bessere Begleitung

IRÈNE TROXLER

Vieles wurde schon erreicht beim Thema Gleichstellung, aber die Lohnunterschiede sind nicht verschwunden, und in den Chefetagen sind die Frauen weiterhin schlecht vertreten. Das hat nicht unbedingt mit widerborstigen Arbeitgebern zu tun. Eine wichtige Rolle spielt auch die Berufswahl vieler Frauen.

Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (EKF) hat diverse Studien zum Thema auswerten lassen und dabei festgestellt, dass sich Mädchen und junge Frauen immer noch häufig für ihre weibliche Berufe entscheiden. Als Fachfrau Betreuung oder als medizinische Praxisassistentin verdient man allerdings nicht nur schlechter als in einem Handwerksberuf, wie ihn junge Männer typischerweise wählen. Man hat auch weniger attraktive Weiterbildungsmöglichkeiten und Karriere-

chancen. Offenbar fällt es vielen jungen Frauen auch heute noch schwer, gegen den Strom zu schwimmen. Die Autorin der Überblicksstudie «Junge Frauen in der Schweiz», Christina Bornatici, hält fest, Mädchen, die zunächst atypische Berufswünsche hätten, setzten diese seltener um als ihre Kolleginnen mit konventionellen Plänen.

Bei einer späteren Familiengründung tendieren Frauen, die in mehrheitlich weiblichen Berufen tätig sind, zum klassischen Rollenmodell: Da sie weniger verdienen, sind sie es, die ihr Pensum reduzieren oder ganz aus dem Beruf aussteigen – mit nachhaltigen Folgen für ihre gesamte Berufskarriere. Diese reflexartige Berufswahl sieht die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen als Problem an. Sie spricht von struktureller Diskriminierung. Um Gegensteuer zu geben, hat sie Empfehlungen für Schule, Berufswahl und Berufsbildung vorgelegt.

Bei der Verfestigung von Rollenbildern spiele die Schule eine wichtige Rolle, schreibt die EKF. An den Schulen müsse künftig intensiver über Geschlecht und Gleichstellung reflektiert werden. Ein entsprechendes Ziel müsse in den Rahmenlehrplänen verankert werden, fordert sie. Lehrmittel mit diskriminierenden Geschlechterdarstellungen sollten gleichzeitig überarbeitet werden.

Während an den Universitäten mittlerweile die Mehrheit der Studierenden weiblich ist, sind Frauen an den Fachhochschulen weiterhin untervertreten. Das mag damit zu tun haben, dass sie in den kürzeren und akademisch weniger anspruchsvollen Ausbildungsgängen stärker vertreten sind. Gemäss Bornaticis Überblicksstudie haben Frauen bereits beim Berufseintritt um 6 bis 9 Prozent tiefere Löhne – auch bei vergleichbaren Ausbildungen. Dies habe mit der stärkeren Präsenz von Frauen in Tieflohnbereichen

zu tun und damit, dass sie oft schlechter bezahlte Tätigkeiten übernehmen.

Bei Frauen, die einen eher männlichen Beruf ergreifen, kommt es öfter zu einem Abbruch oder Unterbruch der Berufstätigkeit. Als Gründe nennt Bornaticis Studie Geschlechterdiskriminierungen oder die Schwierigkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren. Hier schlägt die EKF vor, den Arbeitgebern Vorschläge im Sinne von Best Practices zu unterbreiten, wie der Verbleib im Beruf unterstützt werden kann.

Pikant ist ein weiterer Vorschlag: Da viele typische Frauenberufe zum Tieflohnsektor gerechnet werden, fordert die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen den Bund auf, Mindestlohnbestimmungen für Berufe mit nicht existenzsichernden Löhnen zu erlassen. Kantonale Behörden wiederum sollten Reformen ergreifen, um die Löhne in Gesundheits- und Betreuungsberufen anzuheben, schreibt die EKF.

PAROLENSPIEGEL

Abstimmung vom 18. Juni

Klimaschutzgesetz

Vor zwei Jahren scheiterte das revidierte CO₂-Gesetz an der Urne. Dieses wollte mit neuen Umweltabgaben und strengeren Vorschriften den Treibhausgasausstoss bis 2030 gegenüber 1990 halbieren. Fast 52 Prozent des Stimmvolks lehnten die Vorlage ab. Jetzt kommt mit dem Klimaschutzgesetz die nächste Weichenstellung in der Klimapolitik an die Urne. Es handelt sich dabei um den indirekten Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative. Wie die Initiative setzt auch der Gegenvorschlag das Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2050 auf netto null zu senken. Der Gegenvorschlag will den Verbrauch fossiler Energieträger nicht verbieten, aber so weit wie möglich reduzieren. Zur Reduktion des CO₂-Ausstosses sieht die Vorlage zusätzliche Subventionen für Hausbesitzer für den Ersatz von Öl- und Gasheizungen vor. Während zehn Jahren sind insgesamt bis 2 Milliarden Franken vorgesehen. Die Mittel stammen aus dem allgemeinen Bundeshaushalt und fliessen in die Förderprogramme der Kantone. Die NZZ lehnt die Vorlage ab.

Parteien:

Ja	EVP, FDP, GLP, Grüne, Mitte, SP
Nein	EDU, SVP

Verbände und Organisationen:

Ja	Economiesuisse, SGB, SBV, Schweiz Tourismus
Nein	Gastrouisse
Stimmfreigabe	SGV

OECD-Mindeststeuer

Die Schweiz hat sich mit rund 140 weiteren Staaten dazu bekannt, dass international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15 Prozent Steuern bezahlen sollen. Bezahlt eine Unternehmensgruppe in einem Land weniger Steuern, so kann sie künftig von anderen Ländern besteuert werden, bis die 15 Prozent erreicht sind. Die Umsetzung erfordert eine Änderung der Bundesverfassung. In der Schweiz bezahlt derzeit ein Teil der Unternehmensgruppen tiefere Steuern. Die finanziellen Auswirkungen der Vorlage sind schwierig zu schätzen. Für das erste Jahr werden die Einnahmen aus der Ergänzungssteuer auf 1 bis 2,5 Milliarden Franken geschätzt. 75 Prozent der Einnahmen sollen an die Kantone, 25 Prozent an den Bund gehen. Die NZZ befürwortet die Vorlage.

Parteien:

Ja	EVP, FDP, GLP, Mitte, SVP
Nein	SP
Stimmfreigabe	EDU, Grüne

Verbände und Organisationen:

Ja	Economiesuisse, SGV, SBV, Travailsuisse
Nein	SGB

Covid-Gesetz

Das Parlament hat die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen im Covid-19-Gesetz bis Mitte 2024 verlängert. Mit den verlängerten Bestimmungen können unter anderem weiterhin Medikamente gegen schwere Covid-Erkrankungen importiert und verwendet werden, auch wenn sie in der Schweiz noch nicht zugelassen sind. Der Bund kann weiterhin ein Covid-Zertifikat ausstellen, insbesondere falls dies für Auslandsreisen wieder nötig wäre. Die Kantone können gemäss Gesetz verpflichtet werden, die Auslastung der Bettenkapazitäten zu melden. Eine ähnliche Meldepflicht könnte für Medikamente oder Schutzausrüstung wieder eingeführt werden. Der Bund kann zudem Arbeitgeber verpflichten, besonders gefährdete Personen zu schützen. Bei allfälligen Grenzschliessungen muss er dafür sorgen, dass Grenzgängerinnen und Grenzgänger weiterhin einreisen können. Die NZZ verzichtet auf eine Stimmempfehlung.

Parteien:

Ja	EVP, FDP, GLP, Grüne, Mitte, SP
Nein	EDU, SVP

Verbände und Organisationen:

Ja	Economiesuisse, SGB, SGV
Nein	Gastrouisse

Kleinem Ort droht grosses Containerdorf

Im Walliser Dorf Turtmann dürfte sich die Anspannung im Asylsystem erneut entladen

DAVID BINER, BERN

Der Bund hat zu wenig Platz und zu wenig Zeit, um die vielen Asylsuchenden unterzubringen. Jeden Monat kommen bis zu 1800 neue Anträge dazu. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) rechnet für 2023 mit bis zu 27 000 Gesuchen. Dazu kommen 66 000 Personen mit Schutzstatus S, die aus der Ukraine geflüchtet sind.

Deshalb hat die Landesregierung im April beschlossen, so schnell wie möglich Containerdörfer zu errichten. In den Provisorien sollen 3000 neue Unterbringungsplätze entstehen. Schon im Herbst sollen die ersten Container stehen, zumal der Bund über die Sommermonate mit weiteren Spitzen rechnet.

Vollendete Tatsachen?

Eines dieser Containerdörfer könnte in Turtmann entstehen – die Oberwalliser Gemeinde ist einer von mehreren Standorten, die derzeit zur Diskussion stehen. Am Dienstag treffen sich dort Vertreter von Bund und Kanton mit den Gemeindebehörden. In den Gesprächen gehe es darum, offene Fragen zu klären, bestätigt das SEM entsprechende Informationen dieser Zeitung.

Gerüchte, wonach für die 3000 Plätze lediglich vier Standorte vorgesehen sind (neben dem Wallis angeblich in den Kantonen Waadt, Jura sowie Bern), kommentiert das Staatssekretariat indes nicht. «Details zum Umfang und zur Verteilung der zusätzlichen Plätze können erst mitgeteilt werden, wenn die entsprechenden Entscheide auf Grundlage eines Detailkonzepts vorliegen.»

Viel Zeit bleibt nicht. Der Bundesrat will noch vor den Sommerferien die Standorte bestimmen. Das Parlament wird den dafür nötigen Nachtragskredit von knapp 133 Millionen Franken in der anstehenden Sommersession durchwinken. Die Containerdörfer sollen auf Arealen der Armee gebaut werden – weil es dort Platz hat. Und weil man dort nicht mit Dritten verhandeln muss.

Dem Vernehmen nach soll das Bundesamt für Justiz allfällige Angriffsflächen in den Plänen der zuständigen Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider (SP) bereits zugepanzert haben.



Der Bundesrat will rasch 3000 neue Plätze für Asylsuchende schaffen.

MANUELA JANS-KOCH / LZ

Weil die Anlagen auf dem Boden des Bundes und lediglich für drei Jahre geplant seien, wird es für die lokalen Behörden und die Bevölkerung kaum möglich sein, gegen die Notunterkünfte zu opponieren. Stellt der Bund am Dienstag die Gemeindebehörden von Turtmann vor vollendete Tatsachen?

Baume-Schneiders Delegation dürfte jedenfalls auf wenig Gegenliebe stossen. Dem 1000-Seelen-Dorf mit seinem grossräumigen Übungs- und dem ehemaligen Militärflugplatz drohte schon einmal ein Asylzentrum. Im Rahmen der Neuorganisation des Schweizer Asylwesens wurden die Militäranlagen vor wenigen Jahren als Standort für ein Ausreisezentrum geprüft. Bewohner und Parteien wehrten sich auf allen Ebenen. Vor allem mit dem Argument, dass Turtmann viel zu klein sei, um mit einem Paralleldorf zurechtzukommen.

Nun könnte sich die Anspannung in der Asylsituation erneut in der beschaulichen Gegend entladen. Im Stammland der vormaligen CVP wird man sich daran erinnern, dass die Partei mit dem Fraktionschef Philipp Matthias Bregy (ursprünglich aus Turtmann stammend) und der Bundesrätin Viola Amherd in Bundesbern gleich zwei prominente Vertreter aus der Region stellt. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass sich die VBS-Chefin all zu sehr ins Asylossier einbringen wird.

Kritik von SVP und Kantonen

Bis jetzt agiert das Verteidigungsdepartement in der nachrangigen Dienstleisterrolle. Das Parlament hat erst jüngst den seit Anfang 2022 laufenden Subsidäreinsatz der Armee im Asylbereich verlängert – mit Ausnahme der SVP.

Die Bestimmung der neuen Standorte für die Notunterkünfte dürfte der Volkspartei erneut Anlass geben, die Asylpolitik von Baume-Schneider zu kritisieren. Bereits in der Sommersession stehen mehrere Vorstösse der SVP auf der Traktandenliste.

Gegenwind kommt aber nicht nur von der SVP. Nach dem bundesrätlichen Entscheid vom April, zusätzliche Kapazitäten zu schaffen, eskalierte ein schwelender Konflikt um die Kosten. Der Bundesrat erwartet von den Kantonen, dass sich diese an den Betriebskosten der Containerdörfer beteiligen. Die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren hatte aber dermassen klar widersprochen, dass die Kantone so schnell wohl nicht einlenken werden. Auch hier hat es seither Gespräche gegeben. Eine Einigung ist aber nicht in Sicht.

Vernazza verlässt Grünliberale

Der St. Galler Infektiologe plant einen Parteiwechsel

ANDRI ROSTETTER

Die St. Galler Grünliberalen stehen vor einem Scherbenhaufen. Anfang Mai gab ihr einziger Nationalrat, Thomas Brunner, seinen Rücktritt nach nur vier Jahren bekannt. Die Partei kann damit im Herbst nicht mit einem Bisherigen zu den eidgenössischen Wahlen antreten und muss um ihren einzigen Sitz fürchten.

Nun verliert sie auch noch eines ihrer prominentesten Mitglieder. Pietro Vernazza ist am Donnerstag aus der Partei ausgetreten, wie er auf Anfrage sagt. Der bekannte Infektiologe und HIV-Spezialist war schon vor vier Jahren bei den eidgenössischen Wahlen für die Grünliberalen angetreten. Gewählt wurde damals aber Brunner, der für die Partei schon mehrere Jahre auf lokaler Ebene politisiert hatte.

In Ungnade gefallen

Der Austritt markiert den vorläufigen Höhepunkt eines parteiinternen Streits. Nach Brunners Rücktrittsankündigung machte das Gerücht die Runde, dieser sei zu diesem Schritt gedrängt worden, um dem prominenteren Vernazza Platz zu machen. Diese Erzählung erwies sich wenige Tage später als substanzlos: Ausgerechnet Vernazza wurde bei der Verteilung der Listenplätze für die Nationalratswahlen übergangen.

Vernazza erklärte im «St. Galler Tagblatt», seine Äusserungen während der Corona-Pandemie hätten Teilen des Parteivorstands missfallen, er sei deshalb in Ungnade gefallen. Tatsächlich hatte sich



Pietro Vernazza
Infektiologe

der Mediziner mehrmals kritisch zu den Massnahmen geäussert und deren Wirksamkeit infrage gestellt. Er war aber auch einer der Ersten, die sich vorbehaltlos hinter die Impfung stellten.

Am Freitag meldete nun das «St. Galler Tagblatt», dass die Grünliberalen die Personalie Vernazza doch nochmals diskutieren wollten. Die Alt-GLP-Nationalrätin Margrit Kessler habe der Parteileitung nach Vernazzas Nichtnominierung Formfehler vorgeworfen und mit rechtlichen Schritten gedroht. Die GLP-Führung habe diesem Druck schliesslich nachgegeben und eine weitere Mitgliederversammlung für den 7. Juni angesetzt. Dort solle erneut darüber abgestimmt werden, ob Vernazza für die Nationalratswahlen nominiert werde. Diese Abstimmung ist nun mit Vernazzas Parteiaustritt obsolet geworden.

Freie Plätze in der Mitte

Der bald 67-Jährige will seine politische Laufbahn damit aber nicht beenden. Wie mehrere Quellen bestätigen, ist er mit der Mitte über eine Nationalratskandidatur im Gespräch. Vernazza selber will sich dazu nicht äussern, auch die Partei hält sich bedeckt. Klar ist: Die Mitte hat für die Nationalratswahlen noch freie Listenplätze zu vergeben, wie Parteipräsidentin Franziska Steiner-Kaufmann auf Anfrage bestätigt.

Die St. Galler Mitte will im Herbst versuchen, den dritten Sitz zurückzugewinnen. Dieser ging 2019 verloren. Die einstige Ostschweizer Grossmacht verfügt heute noch über zwei Sitze im Nationalrat, besetzt vom Bauernpräsidenten Markus Ritter und Nicolo Paganini. Im Ständerat ist die Partei mit Benedikt Würth vertreten.

Für die ohnehin unbeständigen St. Galler Grünliberalen kommt das alles zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Es wäre eine bittere Pointe, wenn sie im Herbst ihren einzigen Berner Sitz ausgerechnet an die Mitte verlieren würden.

ANZEIGE

Hilfswerke finden:

Ihre Spende
in guten Händen.

Ruag-Chefin entschuldigt sich für ihre Aussagen zur Rüstungspolitik

Brigitte Beck hatte an einem Podium die Neutralitätspolitik des Bundesrats kritisiert

DANIEL GERNY

Wenn sich die Spitze eines Unternehmens beim Verwaltungsrat sowie bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für öffentlich gemachte Äusserungen entschuldigen muss, muss Gravierendes vorgefallen sein. Genau dies ist beim schweizerischen Rüstungskonzern Ruag MRO Holding AG geschehen.

In einer internen Mitteilung an alle Ruag-Mitarbeitenden hat sich die Geschäftsführerin des Unternehmens, Brigitte Beck, für Aussagen entschuldigt, die sie an einer Podiumsdiskussion vor einigen Wochen über die Neutralität der Schweiz getätigt hat. Das berichtet der «Blick» am Freitag. Ein Sprecher der Ruag bestätigte gegenüber der NZZ auf Anfrage, Beck habe sich «für die Kontroverse der vergangenen Wochen entschuldigt, die durch ihre Aussagen im Rahmen einer Podiumsdiskussion entstanden war».

Im Kontrast zur Rechtslage

Beck steht seit dem Podiumsauftritt politisch unter Druck. Im besagten Gespräch sagte Beck sinngemäss, Deutschland, Spanien oder Dänemark sollten Waffen und Munition auch ohne

Wiederausfuhrbewilligung durch die Schweiz an die Ukraine liefern. Dies werde kaum Folgen haben. Diese Aussagen der Chefin des bundeseigenen Rüstungsbetriebs stehen im Kontrast zur Haltung des Bundesrates und zur geltenden Rechtslage.

Die drei Länder versuchen seit Monaten, Rüstungsgüter aus Schweizer Produktion in das von Russland angegriffene Land zu liefern. Doch der Bundesrat verweigert dazu seine Zustimmung und verweist auf die Neutralität und das vor einem Jahr verschärfte Kriegsmaterialgesetz. Seit ihren Aussagen bezeichnen vor allem Politikerinnen und Politiker aus der SVP Brigitte Beck als nicht mehr tragbar. Auch Verteidigungsministerin Viola Amherd und der Ruag-Verwaltungsratspräsident Nicolas Perrin zeigten sich über Becks Aussagen nicht glücklich.

Schon zuvor war Beck als kommunikativ schwach aufgefallen: Sie gab den Zeitungen von CH Media ein Interview, liess dessen Veröffentlichung aber stoppen. Auch in diesem Gespräch soll sie sich «in bemerkenswert offener Weise geäussert» und deutliche Kritik am Bundesrat geübt haben, «gerade in der Frage um die Schweizer Neutralität im Zuge der Ukraine-Sanktionen», wie

CH Media danach berichtete. Die Gelegenheit sorgte in der Folge für rote Köpfe in sicherheitspolitischen Kreisen. In der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates war die Episode kürzlich ebenfalls ein Thema. Wer der «aktuellen Haltung des Bundesrates so in den Rücken fällt», sei nicht länger zu halten, sagte der SVP-Sicherheitspolitiker Thomas Hurter gegenüber der «NZZ am Sonntag».

Deutliche Worte

Die harsche Kritik an Beck erklärt die deutlichen Worte, mit denen sich diese nun in der internen Mitteilung zu Wort meldet: «Es ist mir ein grosses, persönliches Anliegen, mich gegenüber dem Eigner, dem Verwaltungsrat und euch als Mitarbeitenden für die entstandene Kontroverse der vergangenen Wochen zu entschuldigen», schreibt sie.

Selbstverständlich lege sie als CEO von Ruag grössten Wert darauf, «dass unser Unternehmen konsequent und ausnahmslos innerhalb des geltenden politischen sowie rechtlichen Rahmens agiert». Offen bleibt, ob die Kritik mit diesem späten Rückzieher abebbt – und sich Beck dauerhaft an der Spitze des Unternehmens halten kann.